

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

// Der Wahlkampf spiegelt ein gespaltenes Land

Am 7. Oktober 2018 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Bosnien und Herzegowina neue Parlamente und Präsidentschaften. Nach kaum einem Krieg gab es so große internationale Anstrengungen, den betroffenen Staat zu stabilisieren und zu demokratisieren, wie dort. Doch wie der Wahlkampf zeigt, bestehen die Konfliktlinien aus Kriegszeiten weiter. Auch undemokratische Praktiken bleiben verbreitet. Damit illustriert er, wie weit das Land vom Beitritt zur Europäischen Union entfernt ist, den es im Februar 2016 beantragt hat.



Foto: Sandro Weltin/ © Council of Europe, <https://bit.ly/2lp1xvu>; CC BY-ND 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Von Thorsten Gromes

Der Krieg in Bosnien und Herzegowina (1992–95) kostete rund 105.000 Menschen das Leben. Zentraler Streitpunkt war, ob die Teilrepublik Bosnien und Herzegowina bei Jugoslawien bleiben sollte. Die meisten Bosniaken, die insgesamt 43% der Bevölkerung stellten, und eine Mehrheit der Kroaten (17%) votierten für die Abspaltung. Die Serben (31%) lehnten dies mehrheitlich ab. Zu Beginn des Krieges erklärte Bosnien und Herzegowina die Unabhängigkeit und wurde rasch international anerkannt. Serbische Truppen, unterstützt von Rest-Jugoslawien, wollten hingegen viele Gebiete in Bosnien und Herzegowina unter ihre Kontrolle bringen und einem Großserbien eingliedern. Die bosniakisch dominierte Regierung von Bosnien und Herzegowina kämpfte für den Fortbestand ihrer Republik und für ein politisches System, das der bos-

niakischen Mehrheit Geltung verschaffen sollte. Die kroatische Politik trat am Anfang und Ende des Krieges für den Erhalt von Bosnien und Herzegowina ein, lehnte jedoch Institutionen ab, in denen die bosniakische Mehrheit kroatische Anliegen einfach überstimmen konnte. Zwischenzeitlich versuchten auch kroatische Truppen, der neuen Republik Territorium zu entreißen. Unter großer internationaler Einflussnahme endete der Krieg im November 1995 mit dem Friedensabkommen von Dayton, das einen Mittelweg einschlug zwischen dem Erhalt von Bosnien und Herzegowina bei weitreichendem Mehrheitsprinzip und der Zerschlagung der Republik in ethnisch homogene Teile. Bosnien und Herzegowina blieb als Staat bestehen und setzt sich seither aus zwei Entitäten zusammen, der Föderation von Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Später wurde noch der kleine Brčko-Distrikt geschaffen. Die beiden Entitäten verantworten einen Großteil der Politikfelder, wenn auch die gesamtstaatlichen Institutionen in der Nachkriegszeit an Macht gewannen. In diesen Institutionen von Bosnien und Herzegowina teilen sich Bosniaken, Serben und Kroaten die Macht, zudem entscheiden hier Repräsentanten der Entitäten mit.

Das Land hebt sich insofern von anderen Nachkriegsgesellschaften ab, als es besonders große Wiederaufbauhilfe erhielt und sich umfangreiche Friedenstruppen und zivile Friedensmissionen engagierte, die noch bis 2006 massiv in die Arbeit der gewählten Institutionen eingriffen. Neben dem Aufbau demokratischer Institutionen zählte die Aussicht auf EU-Integration zu zentralen Elementen der Friedenskonsolidierung. Anders als in rund 40% der zeit-

genössischen Nachkriegsgesellschaften, überdauerte der Frieden in Bosnien und Herzegowina.

Im Folgenden zeige ich, wie sich das Land im Wahlkampf präsentiert (Stand: 27.9.18). Die Vielzahl zu wählender Institutionen und das stark zersplitterte Parteiensystem erlauben aber kein vollständiges Bild. Zunächst geht es um Konfliktlinien und -dynamiken, dann um den Stand der Demokratie.

Vorrang ethnischer Mobilisierung

Wie die Wahlkämpfe zuvor, weisen die diesjährigen Wahlkampagnen Bosnien und Herzegowina als gespaltenes Land aus. Sie finden in weitgehend separierten Arenen statt: Bosniakische Parteien werben fast ausschließlich um bosniakische Stimmen, serbische Parteien um Unterstützung der Serben, kroatische Parteien wollen die Stimmen der Kroaten. Multi- oder nicht-ethnisch ausgerichtete Kräfte konkurrieren in einer vierten Arena, die sich mit der bosniakischen am weitesten überlappt. In jeder dieser Arenen treten viele Parteien gegeneinander an, deren Programme sich oft kaum voneinander unterscheiden. Diese Zersplitterung folgt aus einem Wahlsystem mit niedrigen Repräsentationshürden und mangelnder innerparteilicher Demokratie.

Viele Regierungsparteien geben sich vor den Wahlen als oppositionelle Kraft. Vermeintliche Erfolge reklamieren sie für sich, doch für Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit und Emigration vor allem junger Menschen weisen sie die Verantwortung zurück. Die komplexe Verflechtung der politischen Ebenen mit unterschiedlich zusammengesetzten Mehrheiten und Machtteilung von Bosniaken, Serben und Kroaten erschwert es den Bürgern, Entscheidungen klar zuzurechnen. Zudem stehen sich Politiker mit Verweisen auf Vorgaben der EU und Eingriffe der früher mächtigen Friedensmissionen aus ihrer Verantwortung.



Das Parlamentsgebäude in Sarajevo (Foto: Jennifer Boyer/ <https://bit.ly/2QbHUJS>); <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>.

Mit ihren Slogans zeigen die Parteien, wie sie den Wahlkampf ausrichten. Die (wichtigste bosniakische) Partei der Demokratischen Aktion möchte sich als „Kraft des Volkes“ verstanden wissen. „Unter serbischer Fahne: Für ein einiges Srpska“, heißt es beim Bund Unabhängiger Sozialdemokraten (SNSD), der gute Beziehung zur FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und zur Putin nahestehenden Partei „Einiges Russland“ unterhält. „Für Volk und Srpska“, plakatiert ein Parteienbündnis, dem unter anderem die Serbische Demokratische Partei angehört, die zu Kriegszeiten tonangebende serbische Formation. Die wichtigste Kraft in der kroatischen Arena, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), wirbt für „Volk und Heimat“.

Die HDZ wendet sich nicht grundsätzlich gegen den gemeinsamen Staat Bosnien und Herzegowina, hält ihn aber nur nach einer Strukturreform für dauerhaft „möglich“. Das Land solle sich aus mindestens vier ethnisch und wirtschaftlich definierten Einheiten zusammensetzen.

Die bosniakischen und multi-ethnischen Parteien bekennen sich zu Bosnien und Herzegowina in den bestehenden Grenzen, halten aber den institutionellen Aufbau für dysfunktional. Sie fordern stärkere gesamtstaatliche Institutionen und weniger ethnisch definierte Veto-Rechte.

Serbische Politiker, die für Ämter in den gesamtstaatlichen Institutionen kandidieren, betonen Ziele für die Republika Srpska, nicht aber für Bosnien und Herzegowina. Der seit Langem wichtigste serbische Politiker, Milorad Dodik, SNSD-Vorsitzender und derzeit Präsident der Republika Srpska, bezeichnet Bosnien und Herzegowina als Staat im Zerfall und wirbt für die Unabhängigkeit der Republika Srpska oder deren Zusammengehen mit Serbien. Dabei betont er, Bosnien und Herzegowina mit friedlichen Mitteln aufspalten zu wollen. Andere serbische Parteien scheuen sich, zu dieser Frage mit Dodik um die radikalste Position zu konkurrieren. Einige sagen sogar, die Statusfrage der Republika Srpska sei mit dem Dayton-Abkommen geregelt, Dodiks Politik führe zu Konflikt und Instabilität. In dieser Position könnte sie der russische Außenminister bestärkt haben. Bei einem Besuch im Wahlkampf sagte Sergei Lawrow, sein Land unterstütze die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina. Dass die Republika Srpska Bosnien und Herzegowina verlassen und sich Serbien anschließen wird, hält laut Umfrage nicht einmal ein Viertel der Serben für wahrscheinlich. Wie diese Zahl spiegelt, folgten der seit 2006 vorherrschenden Sezessionsrhetorik kaum konkrete Schritte in diese Richtung.

Ob die serbischen Wähler den Ruf nach Abspaltung belohnen, bleibt abzuwarten. Doch schafft es Dodik mit solchen und anderen Aussagen wie schon in ver-



Milorad Dodik auf einem Plakat, das 2016 für ein illegales Referendum warb (Foto: © picture alliance / AP Photo).

gangenen Jahren, Streit mit nicht-serbischen Politikern zu provozieren und so die Debatte zu bestimmen. In diesem Wahlkampf nimmt vor allem Željko Komšić von der multi-ethnischen Demokratischen Front die Fehde auf. Er kandidiert für den kroatischen Sitz in der dreiköpfigen Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina, ein Amt, das er bereits zwischen 2006 und 2014 ausübte.

Gewählte Institutionen, undemokratische Praktiken

Bosnien und Herzegowina ist heute viel demokratischer als direkt nach dem Krieg. Seit Jahren gehen Regierung und Parlament aus weitgehend freien und fairen Wahlen hervor; die Bürger genießen ein beträchtliches Maß an Freiheit und Pluralismus. Alle wichtigen Parteien bekennen sich zur Demokratie – handeln aber immer wieder undemokratisch. Im Jahr 2014 wechselten frisch gewählte Abgeordnete der Nationalversammlung der Republika Srpska noch vor der Regierungsbildung die Partei und stellten so den Wunsch vieler ihrer Wähler auf den Kopf. Für mangelnde innerparteiliche Demokratie ließen sich viele Beispiele nennen. Immerhin bestimmte dieses Jahr die multi-ethnische Sozialdemokratische Partei per Urwahl ihren Kandidaten für die Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina.

Im aktuellen Wahlkampf erhellen Aussagen Dodiks, wie die Institutionen seiner Ansicht nach arbeiten oder arbeiten sollten: Die eigene Partei bietet Arbeitsplätze, Geld oder andere Ressourcen gegen politische Loyalität. Dodik sagte, man könne der größte Experte sein, aber alles sei ein Irrtum außerhalb des Systems der Macht. Ein anderes Mal forderte er von einem Unternehmen, es solle mehr Mitglieder seiner Partei beschäftigen. Pensionären versprach er Einmalzahlungen von bis zu 50 €, damit sie „zur Wahl gehen

und für uns stimmen können“. Solche Vorstellungen beschränken sich nicht auf die Republika Srpska. Wie verbreitet in den Wahlkämpfen der ersten Nachkriegsjahre, werden Konkurrenten auch aktuell nicht wie legitime Mitbewerber behandelt, sondern als Verräter verunglimpft. Am deutlichsten zeigt sich das wiederum bei der Partei Dodiks, die nach zwölf Jahren an der Macht in der Republika Srpska um ihren Wahlerfolg fürchtet, obwohl sie die Medienlandschaft zu ihren Gunsten umgestaltet hat. Mit einer skurrilen Verschwörungstheorie warnte Dodik vor Versuchen der Wahlmanipulation durch oppositionelle Parteien. Andere fürchten Betrugsmöglichkeiten aufgrund der Zahl registrierter Wähler, die ihnen in Relation zur Bevölkerungsgröße auffällig hoch erscheint. Nationale und internationale Gerichte haben Teile der Verfassungsordnung als diskriminierend zurückge-

Demografie und Wirtschaft

Volkszählung 2013

- 3,5 Mio. Einwohner insgesamt, davon 50% Bosniaken, 31% Serben, 15% Kroaten,
- Föderation von Bosnien und Herzegowina: 2,2 Mio., davon 70% Bosniaken, 22% Kroaten, 3% Serben,
- Republika Srpska: 1,2 Mio., davon 82% Serben, 14% Bosniaken, 2% Kroaten

Wirtschaftsdaten

- Arbeitslosenrate 2017: 21%, bei Menschen unter 25 Jahren über 43%,
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017 bei einem Drittel des EU-Durchschnitts

Zum Autor

Dr. Thorsten Gromes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSFK. Er forscht zu Nachbürgerkriegsgesellschaften und sogenannten humanitären militärischen Interventionen. Lange befasste er sich mit der Demokratisierung im ehemaligen Jugoslawien.

Kontakt gromes@hsfk.de



Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-2512-627X

wiesen. Bereits 2009 bemängelte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass der dreiköpfigen Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina niemand angehören kann, der sich weder als Bosniake noch als Serbe oder Kroatje definiert. Das Problem besteht bis heute und zeigt fehlende Kompromissfähigkeit und eine Geringschätzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien. Auch sonst ignorieren Politiker ihnen nicht genehme Gerichtsurteile. Vor zwei Jahren etwa hielt die Republika Srpska ein Referendum über einen Feiertag der Entität ab, obwohl ihr dies das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina untersagt hatte.

Stabil in der Krise, aber nicht beitragsreif

Im Wahlkampf zeigt sich Bosnien und Herzegowina im Streit darüber, ob es überhaupt fortbestehen soll und wie seine politischen Institutionen zu gestalten sind. Wie auch immer die Wahlen ausgehen, dürfte dieser Konflikt andauern. Dafür sorgen schon die nach den diversen Gerichtsurteilen ausstehenden Reformen der Verfassungsordnung. Von den derzeit dominierenden politischen Kräften lässt sich erwarten, dass sie den Streit auch innerhalb der EU-Institutionen fortsetzen würden, wenn er denn den Beitritt von Bosnien und Herzegowina nicht verhindert.

Die skizzierten Spaltungen scheinen nahezulegen, das Land nach ethnischen Gesichtspunkten zu teilen. Das wäre falsch. Eine Aufspaltung würde schlimmste Kriegsgewalt belohnen und vor dem Problem stehen, dass sich auch heute noch keine einfachen Linien ziehen lassen, die kompakte, ethnisch homogene Gebie-

te schaffen. Die undemokratischen Praktiken könnte sie nicht beseitigen. Eine Teilung würde zudem verkennen, dass der Konflikt zwar oft die Institutionen lähmt, seit Jahren jedoch kaum politisch motivierte Gewalt verursacht. Dieses Maß an Befriedung verdankt sich nicht allein den 600 verbliebenen Soldaten der Friedenstruppe. Bosnien und Herzegowina hat sich bisher als leidlich stabil erwiesen.

Stabil sind aber auch die undemokratischen Praktiken, mit denen das Land nicht in die Europäische Union gehört, zumindest so lange nicht, bis sich die EU besser wappnet gegen Gegner der liberalen Demokratie und gegen eine von Sonderinteressen getriebene Blockadepolitik.

Zum Weiterlesen

- Gromes, Thorsten 2018: Die Beschaffenheit des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina, in: Tobias Flessenkemper und Nicolas Moll (Hg.): Das politische System Bosnien und Herzegowina. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 59–76, <https://www.springer.com/de/book/9783531185019>.
- Schiffers, Sonja 2018: Gespaltenes Bosnien-Herzegowina. Mit Moskaus Unterstützung bremst die Republika Srpska die EU- und Nato-Beitrittsprozesse, SWP-Aktuell 2018/A 47, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A47_sfs.pdf.

PRIF SPOTLIGHT

Das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) ist das größte Friedensforschungsinstitut in Deutschland. Die HSFK analysiert die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte, erforscht die Bedingungen des Friedens und arbeitet daran, den Friedensgedanken zu verbreiten.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Design: Anja Feix · Layout: HSFK · Druck: Druckerei Spiegel



Textlizenz: Creative Commons (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International). Die verwendeten Bilder unterliegen eigenen Lizenzbedingungen.

